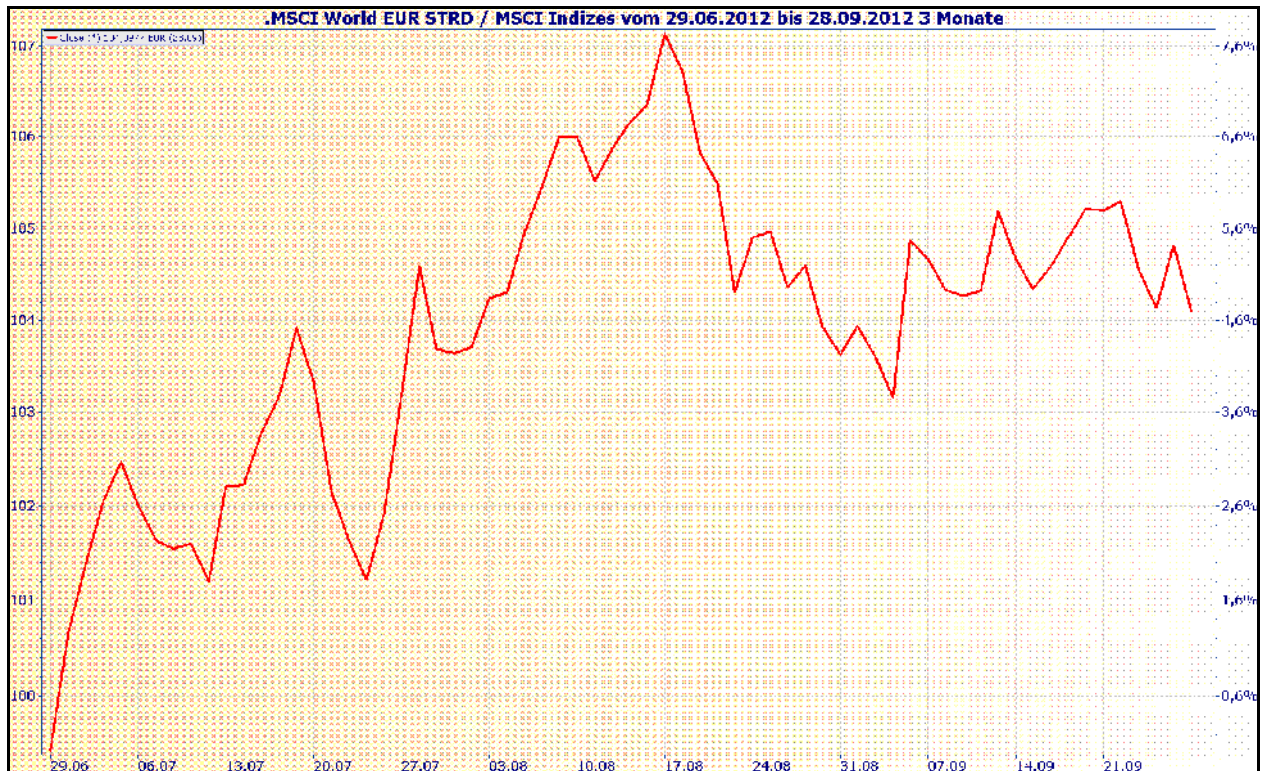


## Kommentar des Fondsberaters Schmitz & Partner AG:

Für die internationalen **Aktienmärkte** gab es im **dritten Quartal** eine sehr erfreuliche Entwicklung – der Weltaktienindex *MSCI World* stieg von knapp 100 Punkten um fast fünf Prozent auf 104 Punkte:



Quelle: vwd portfolio manager 4.31.4

Am **Rentenmarkt** schwankte die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihen in einem Bereich um 1,5 Prozent.

Am **Devisenmarkt** gab es erneut nur minimale Veränderungen beim Wechselkurs des Schweizer Franken gegenüber dem Euro. Der Kurs bewegte sich nach wie vor in einer sehr engen Spannbreite zwischen 1,20 und 1,21 Franken pro Euro. Die von der Schweizer Nationalbank seit dem 6. September 2011 aufgebaute Verteidigungsmauer gegen einen zu schwachen Euro (bzw. einen zu starken Schweizer Franken) von 1,20 Franken für einen Euro hält somit vorläufig weiterhin.

Der Hauptgrund für das erfreulich verlaufende dritte Quartal an den internationalen Aktienmärkten lag in einer weiteren Öffnung der Geldschleusen: **Anfang September hat die Europäische Zentralbank beschlossen, Staatsanleihen aus den Euro-Krisenstaaten ohne Limit zu kaufen.** „Das Ziel ist die Rettung des Euro durch Finanzierung von Schuldenstaaten, damit die Eurozone nicht zerfällt. Erst fiel das Bail-out-Verbot von Staaten im EU-Vertrag, jetzt das Verbot der monetären Staatsfinanzierung im Statut der EZB. Not kennt kein Gebot – gilt das von heute an auch für den Bürger?“<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Holger Steltzner im Leitkommentar in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 7. September 2012 auf Seite 1.

In der Währungsunion bricht damit gegen den erklärten Willen der Deutschen Bundesbank „**eine neue Ära der Geldpolitik**“<sup>2</sup> an. Die Geschichte der alten EZB ist endgültig zu Ende. Sie war geprägt durch die deutsche Philosophie der Inflationsverhinderung. Allein unter dieser Bedingung war Deutschland bereit, die so symbolträchtige wie erfolgreiche Deutsche Mark aufzugeben und durch den Euro zu ersetzen.<sup>3</sup> Jetzt geht es schnellen Schrittes in Richtung „**Lateinische Währungsunion zulasten der deutschen Nation**“.<sup>4</sup> Das Resultat ist für Anleger in Deutschland traurig, aber wahr: „Die unmittelbaren Verlierer sind Sparer, deren Lebensversicherungen und Riester-Verträge durch die manipulierten Niedrigzinsen entwertet und inflationär massakriert werden.“<sup>5</sup>

Aber es wird möglicherweise noch viel schlimmer kommen. Neben „der schleichenden Enteignung der Deutschen“<sup>6</sup> durch Inflation droht die Einführung einer **Zwangsabgabe auf Vermögen**. So hat das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)* eine Zwangsanleihe oder eine Zwangsabgabe vorgeschlagen. Mit einem Satz von zehn Prozent könne man in Deutschland gut neun Prozent des Bruttoinlandprodukts einnehmen, was rund 230 Milliarden Euro entspräche.<sup>7</sup> Das DIW empfiehlt hohe Vermögensabgaben als Ausweg für die immense Staatsverschuldung und betont: „Den hohen Staatsschulden in der Eurozone stehen staatliche und hohe private Vermögen gegenüber, die in der Summe die Staatsschulden deutlich übersteigen.“<sup>8</sup>

Und auch die Politik ist auf diesen Zug aufgesprungen. Nach einem Gesetzentwurf der Grünen würde privates Vermögen über zehn Jahre mit jährlich 1,5 Prozent belastet. Nach Plänen von SPD-geführten Ländern würde dauerhaft wieder eine Vermögenssteuer von einem Prozent pro Jahr eingeführt. Und die Fraktion „Die Linke“ fordert, Vermögen über eine Million Euro mit fünf Prozent pro Jahr zu besteuern.<sup>9</sup> Der Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di *Frank Bsirske* befürwortet sogar eine **einmalige Abgabe von 10 bis 30 Prozent** auf Millionenbesitz.<sup>10</sup> Der dahinter stehende Gedankengang ist einfach: „... Staatsschulden sind Bürgerschulden. Bürgerschulden wird jeder Bürger tragen müssen. (...) Buchhalterisch betrachtet, ist die Lösung simpel: Eine Umbuchung vom großen Privatvermögen zum Staat. Schon sind die Schulden weg – und die Bürger entsprechend ärmer.“<sup>11</sup>

Wer von den Lesern jetzt meint, Vermögensenteignungen dieser Art – und erst recht in dieser Höhe – seien verfassungswidrig und niemals rechtlich durchzusetzen, der irrt! Wenige Wochen nach dem ersten Vorstoß des DIW zur Zwangsabgabe veröffentlicht der Verfassungsrechtler *Joachim Wieland* ein Gutachten, in dem eine **einmalige**

---

<sup>2</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 7. September 2012, Seite 25.

<sup>3</sup> Vgl. den lesenswerten Artikel „Inflation als Preis für den Euro“ von *Thomas Straubhaar* in der Ausgabe der *Finanz und Wirtschaft* vom 5. September 2012 auf Seite 3, in der der Autor der Frage nachgeht: „Was ist teurer – die Folgen eines Eurozerfalls oder die Kosten einer Inflation?“ Straubhaar ist Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Hamburg und Leiter des HWWI (Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut).

<sup>4</sup> *Roland Tichy* in seinem Kommentar „Berlin gezähmt“ zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Euro-Rettungsschirm in der *WirtschaftsWoche* vom 17. September 2012, Seite 5.

<sup>5</sup> Siehe Fußnote 4.

<sup>6</sup> Titelzeile *DER SPIEGEL* vom 8. Oktober 2012; siehe auch den dazugehörenden Artikel „Kalte Enteignung“ auf den Seiten 74 - 80.

<sup>7</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12. Juli 2012, Seite 9.

<sup>8</sup> Siehe Fußnote 7.

<sup>9</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28. September 2012, Seite 13. Wenn die Linke sich mit ihren Steuerplänen durchsetzte, würde ein stolzer Hauseigentümer in 20 Jahren wieder zum Mieter.

<sup>10</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6. Oktober 2012, Seite 13.

<sup>11</sup> *Ingo Narrat*: „Der Staat wird uns enteignen“ in *Handelsblatt* vom 30. Juli 2012, Seite 11.

**Zwangsabgabe** auf hohe Vermögen als rechtmäßig und **verfassungsgemäß** eingestuft wird.<sup>12</sup> Wieland weist darauf hin, dass das Grundgesetz in Artikel 106 ausdrücklich „einmalige Vermögensabgaben“ vorsehe. Die gegenwärtige Finanz- und Bankenkrise sowie der angestrebte Abbau von Staatsschulden stellten einen Notstand dar und reichten zur Rechtfertigung aus.<sup>13</sup> Darüber hinaus schreibt Wieland in seinem Gutachten: „Der Ertrag einer einmaligen Vermögensabgabe kann auch zur Absicherung der Risiken aus vom Bundübernommenen Garantien und Gewährleistungen für fremde Schulden benötigt werden.“<sup>14</sup> Und so schreibt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* dann auch folgerichtig: „Erst haften die Deutschen für überschuldete Euro-Staaten, dann greift der Finanzminister auf ihr Vermögen zu.“<sup>15</sup>

Der Staatsrechtslehrer *Karl Albrecht Schachtschneider* sieht diese Gefahr konkret auf uns zukommen und führt aus: „Auch die Grundstücksvermögen, Häuser und Wohnungen, dürften entwertet werden, zumal zu erwarten ist, dass sie vor dem endgültigen Zusammenbruch vom Staat mittels **Zwanganleihen zur Finanzierung fremder Staaten** missbraucht werden.“<sup>16</sup>

Erstaunlich, dass bei diesen Enteignungsüberlegungen ausschließlich „die Reichen“ im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen, mit der vermeintlichen Begründung, dass „die Armen“ ja nichts beitragen können. Das *Handelsblatt* trägt hier einen interessanten Gedankengang vor: „Was spräche dagegen, Geringverdiener, die zum Beispiel nur 38 oder 40 Stunden pro Woche arbeiten, ein bis zwei Stunden länger arbeiten zu lassen und diesen Zusatzverdienst vollständig und direkt in das Staatsäckel abzuführen? Jeder trägt dann zu dem Erhalt der Gesellschaft bei – indem er entweder Geld oder Arbeitszeit opfert.“<sup>17</sup>

Sämtliche hier aufgeführten Überlegungen (Geldschwemme, Enteignung durch Inflation und/oder Zwangsabgaben) werden aus der Sicht von *Schmitz & Partner* dazu führen, dass die Aktienmärkte auf absehbare Zeit weiter steigen werden, auch wenn es zwischenzeitlich erhebliche Kursrückschläge einzukalkulieren gilt. Für unsere Kunden werden wir bei der Strukturierung der Wertpapierdepots somit bis auf weiteres in den linken Fahrstuhl einsteigen:

---

<sup>12</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18. August 2012, Seite 19. Professor Dr. Joachim Wieland hat einen Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Finanz- und Steuerrecht an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer inne. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Verfassungsrecht, Finanzverfassungsrecht, Steuerrecht und Öffentliches Wirtschaftsrecht. Das Gutachten vom 17. August 2012 kann unter der Adresse [www.boeckler.de/pdf/pm\\_2012\\_08\\_17\\_wieland.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/pm_2012_08_17_wieland.pdf) nachgelesen werden.

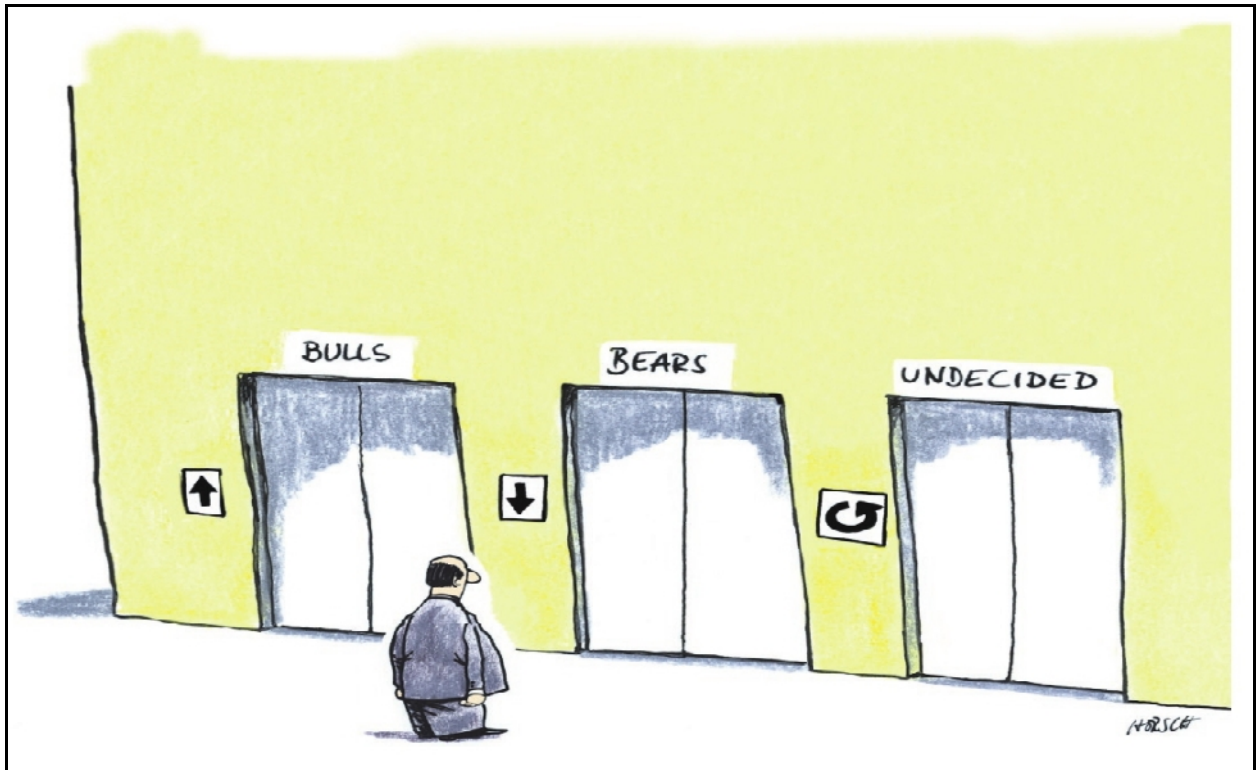
<sup>13</sup> Siehe Gutachten Seite 33.

<sup>14</sup> Gutachten Seite 27.

<sup>15</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12. Juli 2012, Seite 9. In demselben Artikel schreibt der Autor *Manfred Schäfers*, dass schon zu früheren Zeiten amerikanische Ökonomen gespottet hätten, das deutsche Wirtschaftswunder bestünde darin, dass die Menschen bei den hier herrschenden Abgabesätzen überhaupt arbeiteten.

<sup>16</sup> *Karl Albrecht Schachtschneider*: „Ein weiterer Weg zur Diktatur“ in *Kopp Online* vom 18. September 2012; Hervorhebungen durch *Schmitz & Partner*. In dem Aufsatz (nachzulesen unter: <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/prof-dr-karl-albrecht-schachtschneider/ein-weiterer-schritt-zur-diktatur.html>) beklagt sich der Autor über den fehlenden Mut des Bundesverfassungsgerichtes, in seinem Urteil am 12. September 2012 den Euro-Rettungsschirm nicht verhindert zu haben. Professor Dr. Karl Albrecht Schachtschneider hatte bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2006 den Lehrstuhl für öffentliches Recht der Universität Erlangen-Nürnberg inne.

<sup>17</sup> *Handelsblatt* vom 25. September 2012, Seite 10.



Quelle: Finanz und Wirtschaft vom 16. Mai 2012, Seite 18

Sehr gefreut haben wir uns von *Schmitz & Partner* über die erstmalige und zugleich **erfreuliche Einstufung des Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds** vom *€uro fondsexpress*. In der Ausgabe 32/2012 vom 28. Juli (Seite 2) wird der Fonds als Einsteiger gleich mit der FondsNote 2 bewertet. Die €uro-FondsNote ist ein quantitatives und qualitatives Fonds-Rating des *Finanzen Verlages* (als Herausgeber vom *€uro fondsexpress*), die in Kooperation mit dem Münchner Analysehaus *FondsConsult* jeden Monat für über 5.000 in Deutschland zugelassene Investmentfonds immer wieder neu berechnet wird. Sie berücksichtigt das Abschneiden des Fonds in den vergangenen vier Jahren, das Risiko, das der Fondsmanager eingegangen ist, sowie dessen Aussichten, die Leistungen in der Zukunft zu wiederholen. Die Noten reichen dabei von 1 (ausgezeichnet) bis 5 (ungenügend).<sup>18</sup>

Zum Abschluss verweisen wir noch auf den beigefügten **Artikel** aus der August Ausgabe des Anlagemagazins *asset avenue*, Seite 50 - 51, sowie auf das **Interview** mit *DAS INVESTMENT.COM* vom 19. September 2012. Wir wünschen eine erkenntnisreiche Lektüre!

<sup>18</sup> Genauere Angaben zu den quantitativen und qualitativen Kriterien der berechneten FondsNote finden sich unter der Webadresse <http://www.fundresearch.de/FondsNote.html>. Die FondsNote wird regelmäßig veröffentlicht in den Finanzpublikationen der Finanzen Verlag GmbH: *€uro am Sonntag*, *€uro* und *€uro fondsexpress*. Die Angaben zur FondsNote befinden sich dabei jeweils im Kursteil.